



tatsächlichen politischen Entscheidungen in Berlin oder Düsseldorf sprechen dann bekanntlich eine völlig andere Sprache.

CDU und SPD, die sich in Leverkusen vehement über ihre örtlichen Repräsentanten für unterirdische Ausbauvarianten ausgesprochen haben, beschließen dann auf Bundes- bzw. Landesebene genau das Gegenteil.

Der Leverkusener Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach (SPD), der selber als Angehöriger der Großen Koalition in Berlin die verhängnisvollen oberirdischen Ausbaupläne zu vertreten hat, ruft nun in Leverkusen zum zivilen Ungehorsam auf. Besonders glaubwürdig ist das nicht! Es ist 5 nach 12! Jetzt muss der politische und juristische Widerstand gegen die skandalösen Berliner Pläne organisiert werden.

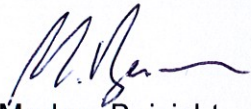
Der Leverkusener Stadtrat ist daher jetzt gefordert das umzusetzen, was Karl Lauterbach unter „zivilen Ungehorsam“ versteht. Ziviler Ungehorsam bedeutet, dass sich die Stadt Leverkusen der Umsetzung der Berliner CDU- und SPD-Beschlüsse verweigert.

---

Die Stadt Leverkusen muss nun die fälligen Genehmigungen für die gefährlichen Autobahnauspläne schlicht verweigern. Darüber hinaus darf die Stadt auch keine Flächen verkaufen, die CDU und SPD für den oberirdischen Autobahnausbau benötigen.

Es hilft nur noch eine Verweigerungshaltung und ein zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die oberirdischen Ausbaupläne.

Mit freundlichen Grüßen



Markus Beisicht

- Aufbruch Leverkusen -